

Von: katrin-urban-mangold@tpponline.de <katrin-urban-mangold@tpponline.de>

Gesendet: Montag, 17. August 2020 12:56

An: olaf.heinrich@bezirk-niederbayern.de

Betreff: Antrag

Urban Mangold, Bezirksrat (ÖDP)

Herrn Bezirkstagspräsidenten
Dr. Olaf Heinrich

Antrag: Thermalbadkuren wieder auf Rezept! Petition an den Landtag für eine bayerische Bundesratsinitiative

Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident,

ich beantrage, dass der Bezirkstag von Niederbayern eine Petition mit dem folgenden Inhalt an den Bayerischen Landtag richtet:

Der Landtag möge die Staatsregierung auffordern, eine Bundesratsinitiative zur Ausweitung ärztlich verordneter kassenfinanzierter Kuren in den Heil- und Thermalbädern zu starten. Die drastische Reduzierung der Kuren im Zuge der Gesundheitsreform im Jahr 1995 sollte dabei im Hinblick auf eine volkswirtschaftliche und gesundheitspolitische Gesamtschau überprüft werden.

Begründung:

Eine größere staatliche Wertschätzung für die präventive und therapeutische Wirkung der in den Heil- und Thermalbädern angebotenen Kuren ist überfällig. Ärztlich verordnete und kassenfinanzierte Therapien in den Heil- und Thermalbädern haben eine gesamtgesellschaftlich und volkswirtschaftlich positive Wirkung, beispielsweise im Zusammenhang mit der betrieblichen Gesundheitsförderung. Kuren reduzieren Behandlungskosten an anderer Stelle und erhalten die Arbeitskraft. Deshalb sollte die Staatsregierung mit einer Bundesratsinitiative das Ziel verfolgen, dass die Kurorte wieder eine zentralere Rolle im Gesundheitssystem spielen.

Der Bezirkstag ist als Mitträger von Thermalbädern inhaltlich zuständig. Die Thermalbäder haben wegen der Corona-Krise dramatische Einbußen. Nach dem Bayerischen Petitionsgesetz können kommunale Gebietskörperschaften sich in ihren eigenen Belangen per Petition an den Landtag wenden.

Falls der Bezirkstag die Finanzierung des Vorschlages thematisieren möchte, würde ich folgendes empfehlen:

Die Finanzierung der Stärkung des Kurwesens sollte idealerweise nicht über höhere Kassenbeiträge und damit höhere Lohnnebenkosten oder über neue Staatsschulden erfolgen, sondern aus einer pandemiereduzierenden Flugbenzinbesteuerung. Das wäre gut fürs Klima und für die Eindämmung von Pandemien sehr hilfreich. Dass ausgerechnet Flugfernenreisen steuerbegünstigt sind, kann außerdem nicht für richtig halten, wer die Gefahr der Klimaüberhitzung erkannt hat.

Mit freundlichen Grüßen

Urban Mangold
Bezirksrat